



DAS KARTELL HAT NICHT VERSTANDEN!

„Rechtsruck“ in Sachsen?

Von INXI | Wie nach jeder Wahl werden Wunden gelect, Verlierer zu Gewinnern schöngeredet und die eigentlichen Wahlsieger vom politischen Gegner kleingeredet. Was sich jedoch derzeit in und um Sachsen abspielt, hat andere AusmaÙe erreicht und ist nahezu beispielhaft für das Versagen des Systems. Anstatt endlich eigene Fehler einzugestehen, die der Nibelungentreue zu einer ehemaligen FDJ-Funktionären geschuldet sind, läÙt sich die [CDU am Nasenring durch die Manege ziehen](#) und der mehrfache Wendehals Stanislaw Tillich (MP in Sachsen) gibt willfährig den Clown.

Ganze Heerscharen sogenannter Experten wurden allein in den letzten Tagen bemüht, um den Deutschen zu erklären, warum die AfD in Sachsen endgültig zur Volkspartei und stärksten Kraft wurde. Dabei wurde natürlich auch ganz tief in die Mottenkiste gegriffen; man sprach von Verlierern, Abgehängten und reinen Protestwählern, die ansonsten mit dem Programm der AfD nichts anzufangen wüssten. Eine primitive und dumpfe Demagogie, die längst widerlegt wurde. Dass man damit insgesamt rund 6 Millionen verunglimpft, wird billigend für die „gute Sache“ in Kauf genommen.

Natürlich darf auch eine gewisse Frau Özoguz die Ostdeutschen im allgemeinen und die Sachsen im besonderen [verunglimpfen](#).

Direkt über den Beitrag zu Özoguz hat die Redaktion von TAG24 (sicher zufällig?) [diesen Artikel](#) veröffentlicht.

Die Quotenmuslima von Kanzleramt und SPD möchte also das Wesen der Sachsen und Ostdeutschen erklären? Eine Frau, die als Staatsministerin noch vor kurzem dem deutschen Volk die Kultur absprach? Eine Frau, deren Brüder und Cousins tief in radikal-islamischen Netzwerken verwurzelt sind (Özoguz hat sich angeblich davon distanziert)?

Tillich gibt den Wendehals – mal wieder!

In Sachsen entwickelt sich etwas, das die politische Zukunft in ganz Deutschland nachhaltig verändern könnte. Dazu muss man wissen, dass die CDU mit König Kurt (Biedenkopf) Sachsen mit absoluten Mehrheiten regiert hat. Davon ist man heute weit entfernt – nur noch Platz 2 und die AfD auf Augenhöhe.

Statt einer ehrlichen (dem Wählervotum angemessenen) Fehleranalyse, fabuliert MP Tillich darüber, wie man zur Rechtsstaatlichkeit zurückfinden kann. Er forderte eine „schärfere Asyl- und Einwanderungspolitik“.

Tillich ist seit 2010, also seit sieben Jahren, Mitglied im Präsidium der Bundes-CDU. Er hatte also ausreichend Zeit und Möglichkeit, die vielen Rechtsbrüche seiner Chefin zu vereiteln. Aber Widerspruch und Rückgrat sind nicht die Eigenschaften des Funktionärs und Opportunisten Tillich: Bis 1989 war Tillich in der ehemaligen DDR stellvertretender Vorsitzender des Rates des Kreises Kamenz. Noch im Frühjahr '89 nahm Tillich an einer Schulung der [SED-Kaderschmiede](#) teil. Wahrlich ein braver Vasall der ehemaligen FDJ-Funktionärin.

Freistaaten in Angst – Funktionäre gelähmt

Nein! Die Patrioten in Bayern und Sachsen befinden sich keineswegs in Angststarre – das Kartell zittert vor den nächsten Wahlen. Bereits nächstes Jahr findet die Landtagswahl in Bayern statt. Schon jetzt hat die CSU durch die unsägliche

Anbiederei Drehhofers an Merkel ihre absolute Mehrheit verloren. Die seriöse, bürgernahe Politik von Petr Bystron und dem bayerischen Landesverband hat der AfD in Bayern 12 Prozent beschert. Die CSU ist praktisch gelähmt; stimmt sie Jamaika zu und lässt zugunsten von FDP und vor allem der Grünen wichtige Positionen fallen, dürfte sie sich der 30 Prozent nähern.

Wenn sich die CSU nicht derart verbiegen lässt, gibt es nach derzeitigem Stand der Dinge keine handlungsfähige Koalition. Allerdings ist es für das Kartell insgesamt unerheblich; die absolute Mehrheit der CSU wird geopfert werden. Völlig gleichgültig ob Drehhofer oder Söder die angeschlagene Partei führen. Willige Steigbügelhalter gibt es auch in Bayern, das dann seine (konservative) Sonderrolle in Deutschland endgültig verspielt hat.

Völlig anders stellt sich die Lage in Sachsen dar. Hier hat sich die AfD als Volkspartei und stärkste Kraft manifestiert und die Landtagswahlen finden bereits Anfang 2019 statt. Wenn es der AfD gelingt, ihre stringente und seriöse Arbeit fortzusetzen und auszubauen, ist es durchaus im Bereich des Möglichen, dass Deutschland den ersten AfD-Ministerpräsidenten bekommt.



Impressionen vom 3. Kyffhäuser-Treffen des Flügels

Der „[Flügel](#)“ der AfD und Unterzeichner der Erfurter Resolution trifft sich einmal im Jahr am Fuße des Kyffhäuserdenkmals. Der Flügel als Rückversicherung innerhalb der AfD ist ein Garant für Zusammenhalt. Ehrengäste waren Björn Höcke, Dr. Alexander Gauland, Prof. Dr. Jörg Meuthen, André Poggenburg, Dr. Hans-Thomas Tillschneider, Jürgen Pohl & Andreas Kalbitz.



Video: Perspektiven der Islamkritik

Wenn über „die Barrikaden“ hinweg Islamkritik diskutiert wird, dann dürfen wir GEZ-Sklaven uns über viel Streit freuen, sehr viel Verharmlosung und noch mehr Taqiyya. Nicht zuletzt bekommen Islamkritiker, solange sie deutsche Eltern haben, die Nazikeule zu spüren.

Dass es auch anders geht, haben am 7.9.2017 der Spitzenkandidat der AfD in Nordrhein-Westfalen, Martin Renner, der Ex-Grüne Islamkritiker Michael Höhne-Pattberg sowie der Moderator Bernd Kallina eindrücklich unter Beweis gestellt.

Die Beteiligten, sowie die Organisatoren des Politischen Stammtisches Bonn (DPS) und des Pressestammtisches Bad Godesberg (GPS), haben in eineinhalbstündiger Diskussion nachgewiesen, dass Journalismus in Deutschland auch sachlich und kompetent um Erkenntnisgewinn möglich ist.

Eine Anne Will, Sandra Maischberger oder ein Frank Plasberg hätten dagegen im Interesse der Islamisierung Deutschlands versucht, die Informationen zu unterdrücken, die die Herren Renner und Höhne-Pattberg in vielen Jahren und teils intensiven Recherchen zusammengetragen haben. Nicht so Bernd Kallina (Godesberger Pressestammtisch), dessen Verdienst es ist, diese Diskussion faktenreich und objektiv geleitet zu haben.

Podium und Auditorium hochkarätig besetzt

Ebenso hochkarätig wie das Podium war auch das Auditorium besetzt. So bereicherten u.a. ein engagierter Islam-Experte aus Nordrhein-Westfalen, ein ehemaliger SPD-Staatssekretär und ein Mitbegründer der GRÜNEN die Diskussion um „Perspektiven der Islamkritik – links und rechts“ mit ihren fachkundigen Wortbeiträgen.

Einige Überraschungen: Wer wusste schon, dass der AfD-Politiker Martin Renner bei Besuchen im Saudischen Königshaus vermittelt bekam, dass wir in Deutschland und Europa „Beuteland“ sind und selbst unsere eigenen Entwicklungen nur als „Nutznießer“ gebrauchen dürfen? Alle Güter dieser Welt sind aus der Sicht der Saudischen Herrscherfamilie Eigentum von Muslimen.

Wer erwartet von einem Ex-Grünen, hier Michael Höhne-Pattberg, den Hinweis auf Auslandsdeutsche, mit deren Rückkehr der demographische Niedergang des Deutschen Volkes aufgehalten werden könnte?

Rolf Stolz: Abgrenzungen von rechten und linken Islamkritikern überwinden

Die Diskussion kreiste natürlich auch um Fragen zu Multikulti, das nach bisherigem Verständnis und der typisch links-grünen Definition folgend, „burkaschwarz“ enden werde (Renner).

Das ehemalige Vorstandsmitglied der Grünen, Rolf Stolz (neben Petra Kelly), wies darauf hin, dass Islamkritiker von rechts bis links oder von links bis rechts nur eine Chance haben, wenn sie zu einer Zusammenarbeit finden und die ewigen und überkommenen Abgrenzungen voneinander überwinden.

Dieses vorweg genommene Fazit der Veranstaltung (Perspektiven der Islamkritik) zeigt in Zeiten der Ausgrenzung von Kritik, der AfD im Bundestag, sowie des Maas'schen Zensurgesetzes, wie Debatten sogar über den Islam auch verlaufen können. Selbst in der zensierten Bundesrepublik Deutschland.



Klonovskys Beweis: Satire ist nur dargestellte bittere Wahrheit

Das Video oben entstand zwar noch im Zuge des AfD-Wahlkampfes am 21. September in Bad Muskau (im Nordosten Sachsens), aber es ist eine wirklich kurzweilige Rede des Autors und Publizisten Michael Klonovsky. Sind seine Texte schon von hervorragender Qualität, so gewinnen sie durch sein persönliches Vortragen noch hinzu. Die politische Realität in

Deutschland trägt zwar die beißende Satire in sich, will aber als solche – wie bei Klonovsky – auch gekonnt umgesetzt werden.

Hier die ebenfalls sehenswerten Videos der weiteren Redner am 21.9. in Bad Muskau:

- [Nicolaus Fest](#)
- [Thorsten Schulte](#)
- [Jörg Meuthen](#)



Fünf Mal so viel linke Gewalttaten im Wahlkampf wie rechte

Im Vorfeld der Wahl wurden insgesamt 4301 Straftaten verübt, wovon die Ermittler 1631 dem linksextremen politischen Spektrum zugeordnet haben. Lediglich ein Drittel, insgesamt 577 Taten, gehen auf das Konto von Rechtsextremisten. Beim Rest konnten keine Täter ermittelt werden. Bei den Gewaltdelikten sind die linken Faschisten sogar fast fünfmal aktiver, wie [der Focus meldet](#):

Besonders gravierend ist der Unterschied zwischen links und rechts bei den Gewaltdelikten. Von insgesamt 116 Straftaten aus diesem Bereich wurden 66 von Linksextremisten verübt und

14 von Rechtsextremisten. 35 Taten konnten nicht zugeordnet werden. Dabei waren laut dem Bericht „insbesondere die Kandidaten der AfD und ihre Veranstaltungen vermehrt betroffen“.

Auch unter dem Abschnitt „Herausragende Ereignisse“ finden sich mit einer Ausnahme nur Straftaten gegen die rechtskonservative Partei. Unter anderem versuchten 150 Linksextremisten in Mainz die Wahlparty der AfD zu stürmen, in Bremen wurden in der Wahlnacht die Wohn- und Badezimmerfenster einer AfD-Kandidatin mit Steinen eingeworfen und in Hamburg griffen 70 Autonome die Wahlparty der AfD an, beschimpften Gäste und beschädigten Autos.

Es ist längst überfällig, dass der völlig einseitige und falsch bezeichnete (Schatten)-„Kampf gegen Rechts“ umbenannt wird in „Kampf gegen Extremismus“, bei dem gleichermaßen auch der Linksextremismus und der islamische Fundamentalismus bekämpft werden. Dies sollte nach dem Untersuchungsausschuss zu den Rechtsbrüchen von Angela Merkel einer der nächsten im Bundestag sein, den die AfD beantragt.

In Sachsen-Anhalt hat die AfD rund um Fraktionsführer André Poggenburg bereits Ende August [mit Zustimmung der CDU](#) eine Enquete-Kommission zur Untersuchung von Linksextremismus auf den Weg gebracht. SPD, Grüne und Linke waren bei der Abstimmung strikt dagegen. Poggenburg hielt am vergangenen Freitag zu dem drängenden Problem des sogenannten „Anti“-Faschismus und gewalttätigen Linksextremismus eine beeindruckende Rede im Landtag. 13 Minuten, bei denen das Herz jedes engagierten Patrioten aufgeht:



CSU-Generalsekretär Scheuer will „Sicherheitsgefühl“ stärken

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Selbst-Entlarvung der bayerischen Schwarzen: CSU-Pappgeneral Scheuer (*Bild rechts neben CSU-Chef Seehofer*) will nicht etwa die Sicherheit in unserem Land durch klare Taten wiederherstellen, sondern lediglich das Gefühl der Bevölkerung stärken, dass sie sich keine Sorgen zu machen braucht. Auf diese Weise glaubt der folgsame Seehofer-Vasall wohl, die jahrelangen haarsträubenden eigenen Fehler bei der mohammedanischen Masseninvasion vertuschen zu können. Mit ihrer Nibelungentreue zur „Islam-gehört-zu-Deutschland“-Kanzlerin hat der äußerst wendige und mittlerweile völlig unglaubwürdige Drehhofer die CSU in ein riesiges Dilemma gestürzt, aus der sie jetzt kaum wieder herauskommt.

Nordbayern.de [berichtet](#):

Kümmern müssten sich CDU und CSU unter anderem um die Themen Zuwanderung, Integration und Sicherheit. Dabei gehe es nicht nur um die Gefahr von Terroranschlägen hierzulande, sondern vor allem auch um die Sicherheit auf öffentlichen Plätzen und Straßen, sagte Scheuer. Gestärkt werden müsse das „Sicherheitsgefühl, das wir als Konservative und Bürgerliche immer auch stark vertreten haben“.

Wachsweiche Erklärungen, mit denen sich Scheuer wie ein Aal windet. Die Bürger wollen nicht, dass sie durch noch mehr Polizisten, Betonbarrikaden und Videokameras auf öffentlichen Plätzen das „Gefühl“ bekommen, in einer vermeintlichen „Sicherheit“ zu sein, sondern sie wollen die Beseitigung der Gefahr. Dazu müsste Scheuer aber klarstellen, dass die Gefährder dingfest und außer Landes geschafft, die illegalen Invasoren kompromisslos abgeschoben und die Grenzen dicht gemacht werden. Zudem müsste der Islam als Ursache für den Terror fundamental kritisiert werden, um zu einer Lösung des Problems zu kommen. Aber die CSU ist viel zu tief im politisch korrekten Sumpf versackt, als dass sie zu einer solch klaren Sprache und der Entschlossenheit, die Taten auch umzusetzen, bereit wäre.

Ich weiß, wovon ich spreche. In München beispielsweise ist diese ehemalige stramm rechtskonservative Kraft nicht mehr wiederzuerkennen und zeigt sich als „weltoffen-tolerant-moderne Großstadtpartei“, die sich problemlos mit SPD und Grünen ins Bett legen kann. Islamkritik wird hartnäckig unterbunden und konservative Werte sind weitestgehend verschwunden. Scheuer will schließlich auch [illegale Eindringlinge legalisieren](#), wenn sie sich in unserem Land einigermaßen einfügen. Aus Sicht der AfD könnte nichts Besseres passieren, als dass sich Seehofer im Amt hält, die Verhandlungen zur Jamaika-Koalition erfolgreich führt und die schwarz-gelbe Mischpoke durch die grünen Flüchtlings-Fetischisten immer weiter nach links gezogen wird. Die AfD dürfte dann bei den bayerischen Landtagswahlen durch die Decke stoßen.

Aber Söder scharrt bereits hörbar mit den Füßen. Er ist derzeit Dauergast in den TV-Sendungen und spielt dabei den harten Hund, der die Zeichen der Zeit erkannt habe. Beispielsweise gestern Abend [bei Anne Will](#) in einer sehenswerten Auseinandersetzung mit Alpen-Prawda-Prantl, der beim Thema Abschiebung lautstark ausrastete. Falls Söder auf

dem Parteitag der CSU im November den Königsmord an Seehofer erfolgreich hinbekommen sollte, wäre es für die AfD schwieriger, ihr Alleinstellungsmerkmal in Bezug auf die drängenden Probleme unserer Zeit zu behalten.

Doch das ist Zukunftsmusik und Söder ist bei vielen Funktionären in der CSU unbeliebt, so dass es momentan gut läuft für die AfD. Es ist aber zur weiteren positiven Entwicklung absolut wichtig, dass Parteivertreter in ihren Aussagen jegliche Assoziationen mit dem Nationalsozialismus vermeiden. Die Nazi-Keule ist die einzige Waffe, die die Meute der politischen und medialen Gegner noch in der Hand hat, um dieser neuen frischen Partei zu schaden. Daher empfiehlt es sich, kein Thema aus der Zeit des Dritten Reiches aufzugreifen. Auch wenn Alexander Gauland mit seiner Aussage über die Ehrenhaftigkeit von 95% der deutschen Soldaten absolut Recht hat, ist es klug, solche Themen zu vermeiden. Schließlich haben die linksverdrehten Journalisten überhaupt keine Hemmungen, jedes Zitat so böseartig und wahrheitswidrig zu verdrehen, dass am Ende die Meldung massenhaft verbreitet wird, Gauland hätte den verbrecherischen Nazi-Krieg gelobt. Und das bleibt dann bei Millionen Bürgern hängen, die den Mainstream-Medien noch glauben.

Auch Björn Höcke liegt richtig mit seinem Ansinnen, den Deutschen wieder den aufrechten Gang beizubringen und ein gesundes Selbstbewusstsein einzuflößen. Hierzu reicht es aber, wenn der frühere Geschichtslehrer betont, dass wir eine vielhundertjährige (bloß nicht „tausendjährige“) positive Historie haben und uns in unserer kollektiven Erinnerung nicht immer wieder auf die zwölf Jahre der NS-Diktatur beschränken müssen. Die Freude an den vielen historischen Errungenschaften durch Deutsche und der in vielen Phasen glorreiche Geschichtsverlauf kann in Erinnerung gerufen werden, ohne dabei immer wieder bei der Kritik an der NS-Fixierung auf missverständlichen Formulierungen auszuruhen.

Wenn die Nazikeule erfolgreich abgewehrt wird, ist der Weg der

AfD zu einer großen patriotischen Volkspartei nicht mehr aufzuhalten. Durch das großartige Wahlergebnis können ihre Themen auch nicht mehr länger totgeschwiegen werden. So sagte jetzt auch der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, dass die AfD nicht aus dem politischen Diskurs [verbannt werden könne](#). Dieses Statement bedeutet zum einen, dass jetzt endlich begonnen werden soll, die heißen Themen anzufassen und mit AfD-Politikern über die Probleme zu diskutieren, und zum zweiten, dass die AfD weit weg von einer in der Vergangenheit immer wieder herbeigeredeteten Verfassungsschutzbeobachtung ist.

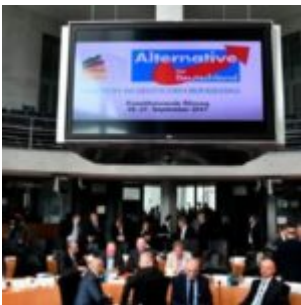
Somit könnten in absehbarer Zeit zig Millionen weitere potentielle Wähler gewonnen werden. Die CDU kann dann nur noch mithalten, wenn sie den immer schwerer werdenden Ballast Merkel abschüttelt und eine scharfe rechtskonservative Wende vollzieht. Das geht nur mit einer Rundumerneuerung, und dazu muss nicht nur die Parteichefin, sondern das gesamte merkelverseuchte Führungspersonal „entsorgt“ werden. Und dann könnte der Weg, wenn die AfD bis dahin auf Augenhöhe gewachsen ist, in eine schwarzblaue Regierungskoalition im Jahre 2021 führen, einem denkbaren Zukunftsmodell für Deutschland.



AfD: Leitkultur als

Verfassungsziel

Der AfD-Landtagsabgeordnete [Stefan Möller](#) hat in seiner Einführungsrede im Thüringer Landtag am 28. September die Bedeutung der deutschen Leitkultur hervorgehoben. Zuvor hatte die AfD-Thüringen den Antrag gestellt, dem Schutz der deutschen Leitkultur den Rang eines Verfassungsziels zu geben. „Im Kampf gegen Multikulti und Islamisierung wird die Leitkultur im Verfassungsrang ein wichtiges und hochwirksames Instrument“, so Möller in seiner Rede. Die CDU lavierte in der Debatte wie bei allen heißen Themen herum und lehnte schließlich den von der AfD eingebrachten Gesetzesentwurf ab.



Wie weiter, Deutschland? – Teil II: Die AfD

Von INXI | Es wird sich der eine oder andere Leser gefragt haben, warum die AfD in [Teil I](#) nicht besprochen wurde. Nun, der Autor ist der Meinung, dass der ersten AfD-Fraktion in einem Deutschen Bundestag ein eigener Artikel gebührt.

Alexander Gauland, Jörg Meuthen und Alice Weidel nahmen Petrys Abgang auf der Bundespressekonferenz am Morgen nach der Wahl betont gelassen. Man wußte zwar im Vorfeld nicht genau, was geschehen wird – aber dass etwas passiert, lag in der Luft. Seit Petry auf dem Wahlparteitag in Köln quasi entmacht

wurde, entzog sie sich der Mitarbeit im Bundes- und Landesvorstand (Sachsen). Ihr Wahlkampf läßt sich als rudimentär bezeichnen. Es deutete sich also an, dass etwas in der Luft lag. Was, haben wir alle gesehen.

Die Gelassenheit der anderen AfD-Spitzenpolitiker auf der Bühne der Bundespressekonferenz täuschte natürlich; schließlich sollte am nächsten Tag die neue Fraktion erstmals zusammentreten und man konnte keineswegs sicher sein, dass alle Abgeordnete erscheinen würden. Aber die auf den nächsten Skandal lauernenden Journalisten und Vertreter der Kartell-Parteien wurden enttäuscht: Alle 93 Abgeordnete nahmen den Auftrag der Wähler wahr und erschienen an jenem Dienstag zur 1. Sitzung der neuen Fraktion. Die Arbeit konnte beginnen!

Die AfD-Fraktion im Bundestag

Schon vor der Wahl setzten die selbsternannten Demokraten auf Ausgrenzung gegenüber den künftigen Volksvertretern der AfD. Der ehemalige Bundestagspräsident Lammert (CDU) ließ – quasi als letzte heroische Amtshandlung – die Geschäftsordnung des Bundestages ändern. So wurde verhindert, dass etwa Alexander Gauland als ältester Abgeordneter die konstituierende Sitzung des Bundestages eröffnet und leitet. Ein bis dato einmaliger Vorgang in der Geschichte des Parlaments! Der letzte, der sich solcher Tricks bediente, war ein gewisser Hermann Göring am 21. März 1933...

Wahlverlierer faselten vom Einzug der Nazis in den Bundestag und die willfährige Mainstreampresse beschwor dunkle Szenarien zur künftigen Debattenkultur im Bundestag. Freilich, ein dumpfes Abnicken der Rechtsbrüche seitens der nicht vorhandenen Opposition wird es fürderhin nicht mehr geben!

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Wer meint, die Systemparteien hätten die Ohrfeige durch das Wahlvolk verstanden, der irrt leider. Verärgert wie kleine Kinder, denen man das Spielzeug weggenommen hat, setzen die

Protagonisten des Kartells ihr kleingeistiges Spiel fort:

Keiner möchte neben den bösen Volksvertretern der AfD sitzen und überhaupt, wo soll die Fraktion Platz nehmen? Rechts? Eigentlich ja! Ist aber ungünstig, da würde die AfD genau gegenüber der Regierungsbank sitzen. Also in der Mitte? Bloß nicht – das wäre ein Zeichen, dass die AfD in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. Links geht auch nicht. Es ist schon schlimm, was das deutsche Volk sich erlaubt und welche Mühen es den Edeldemokraten schon jetzt aufbürdet.

AfD-Fraktion soll vier Kilometer entfernt einquartiert werden

Auch die Räumlichkeiten reichen plötzlich nicht mehr aus. So ist seitens der Bundestagsverwaltung angedacht, die AfD-Fraktion in einen vier Kilometer entfernten Bau unterzubringen. Ganz vordringlich ist es natürlich auch – frei nach Lammert – der Partei ihr zustehende Ämter zu verweigern. Da die SPD angeblich nur in die Opposition geht, kann man im wichtigen Haushaltsausschuss schon mal aufatmen; der Vorsitz steht nämlich dem Oppositionsführer zu.

Aktuell muß natürlich auch der Kandidat für den Stellvertreter des Bundestagspräsidenten verhindert werden. Mehrere Grüne kündigten an, gegen den von der AfD nominierten Albrecht Glaser zu stimmen. Wir erinnern uns: Bei einer Fatima Roth, die im Amt (!) hinter dem Schild „Deutschland, du mieses Stück Scheisse“ hermarschiert, hatte man keinerlei Bedenken.

Nun, die AfD wird im Deutschen Bundestag ihrer Verantwortung dem Volk und den Wählern gegenüber nachkommen – gleichgültig, wo man sitzt. Die Arbeit hat begonnen und sie wird konsequent sein. Aller Widrigkeiten zum Trotz. Alexander Gauland nannte es „Jagen“.

In diesem Sinne: Waidmanns Heil!



Video: André Poggenburg für Zusammenarbeit mit Pegida

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Die AfD macht gerade einen Reinigungsprozess durch. Die letzten „liberalen“ Bedenkenträger und Dauer-Distanzierer gehen von Bord, die Vertreter eines klaren patriotischen und national-konservativen Kurses übernehmen das Ruder. André Poggenburg stellte sich am Wahlabend in der [Live-Sendung von Compact](#) im Gespräch mit Jürgen Elsässer und mir klar hinter die Pegida-Bewegung, die in Sachsen ganz erheblich zu dem guten AfD-Ergebnis beigetragen habe. Er sehe eine natürliche Symbiose zwischen der Partei in den Parlamenten und der Bürgerbewegung auf den Straßen.

Dies ist ein deutliches Zeichen, dass sich die jetzt erstarkende Partei nicht mehr vom linksgestörten Medien-Propagandafeuer beirren lässt. Die faktenfreie Diffamierung von AfD und Pegida geht zusehends ins Leere, so dass die rasch wachsende Volkspartei und die dauerhafteste Bürgerbewegung in der deutschen Geschichte so langsam den ihr gebührenden Platz erhalten, um die dringend notwendige Kurskorrektur in der politischen Landschaft einzuleiten.

Die AfD ist dabei der parlamentarische Arm des Volkswillens, der sich auf der Straße seit fast drei Jahren kräftig artikuliert. Von Dresden ging dieser Impuls auf ganz

Deutschland aus, und das sind dort weder „Abgehängte“ noch „Frustrierte“, sondern Bürger mit gesundem Menschenverstand aus der Mitte der Gesellschaft, die das ausdrücken, was das Wahlergebnis in ganz Deutschland zeigte: Die etablierten Parteien haben komplett versagt, indem sie die größten Probleme unseres Landes, die Massenflutung durch zum erheblichen Teil unintegrierbare und teilweise sogar feindlich eingestellte sogenannte „Flüchtlinge“, die rasch zunehmende Überfremdung durch die Islamisierung, den massiven Verlust der inneren Sicherheit, die irre Genderisierung der Gesellschaft und die unerträgliche EU-Diktatur schlichtweg ignorierten.



Weitere Fotos aus Dresden:





Am kommenden Dienstag, dem Tag der Deutschen Einheit, ist um 14 Uhr der nächste Spaziergang [von Pegida Nürnberg](#) mit Unterstützung vom Mutterschiff aus Dresden. Dessen Fest zum

dreijährigen Jubiläum findet am Samstag, den 28. Oktober statt.

(Fotos: Pegida Dresden / Lutz Bachmann / Michael Stürzenberger)



Bystron: AfD-Fraktion reagierte gelassen auf Petry-Rücktritt

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Gerade zurückgekehrt von den Fraktionssitzungen in Berlin, gab Petr Bystron PI-NEWS in München ein Interview zu dem überragenden Erfolg bei der Bundestagswahl, der zudem in Bayern für die AfD das beste Ergebnis in ganz Westdeutschland lieferte. Aufgrund der CSU-Schlappe dürfte seiner Meinung nach der Stuhl von deren Chef Horst Seehofer gehörig wackeln. Der Rückzug von Frauke Petry sei in der neuen AfD-Fraktion im Bundestag sehr gelassen hingenommen worden. Vor kurzem wurde zudem bekannt, dass sie im Laufe des heutigen Tages auch [aus der Partei austreten](#) werde.

Angesichts der andauernden Querschüsse, die sie sich in den vergangenen Monaten geleistet hat, dürfte ihr kaum jemand eine große Träne nachweinen. Der jetzt alleinige Parteichef Jörg Meuthen bezeichnete diesen Schritt auch als „den letzten in

einer Kette der Entfremdung von der Partei und daher folgerichtig“. Wichtig ist jetzt für die AfD, dass sie ab jetzt eine eiserne Geschlossenheit an den Tag legt. Der Feinde gibt es genug außerhalb der Partei, da sollte intern alle Kraft auf eine effiziente Oppositionsarbeit gelegt werden.



Hamburg: Farbbeutelanschlag auf Haus von AfD-Politiker Baumann

Auch nach der Bundestagswahl setzt die Antifa, Merkels verlängerter Arm auf der Straße, ihren Terror gegen AfD-Politiker unbeirrt fort. Diesmal verübten Linksextremisten einen [Farbbeutel-Anschlag auf das Haus](#) des Hamburger AfD-Bundestagsabgeordneten Bernd Baumann im Stadtteil Othmarschen. Wie ein Polizeisprecher am Donnerstag in Hamburg mitteilte, seien mit Farbe gefüllte Christbaumkugeln an die Fassade des Gebäudes geworfen worden. Der Staatsschutz habe die Ermittlungen übernommen.

Baumann sagte, der Angriff sei am Donnerstagmorgen gegen 4 Uhr von seinen Mietern bemerkt worden, die mit ihren Kindern in der vorderen Haushälfte wohnten. „Das ist ein feiger Anschlag, der wieder einmal belegt, dass unseren Gegnern die Argumente ausgegangen sind“, sagte Baumann. Der promovierte

Wirtschaftswissenschaftler war am Mittwoch von der neu gebildeten AfD-Bundestagsfraktion mit 70 Stimmen zum Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer gewählt worden.

Auch der Fraktionsvorsitzende der AfD in der Hamburgischen Bürgerschaft, Prof. Dr. Jörn Kruse, äußerte sich zu der Tat: „Die Hamburger AfD-Fraktion verurteilt auf das Schärfste den feigen Anschlag auf das Haus des neugewählten Hamburger AfD-Bundestagsabgeordneten und noch Bürgerschaftsabgeordneten Dr. Bernd Baumann. Das ist die Handschrift von Linksradikalen, die Argumente durch Gewalt ersetzen.“



Broder vergleicht Hatz auf AfD mit „Kauft nicht bei Juden!“

Von [OLIVER FLESCHE](#) | Henryk M. Broder sagt und schreibt oft kluge und richtige Dinge. Wer ihm provokante Fragen stellt, bekommt mit etwas Glück sogar sensationelle Antworten. Wie der Journalist Guido Bellberg, Broders Kollege bei der Tageszeitung „Die Welt“. Der interviewte seinen Duzfreund Broder für seinen YouTube-Kanal „Kluge Freunde“, auf dem er, wie er selbst schreibt, seine „vielen klugen Freunde mit Fragen zu Politik, Wirtschaft, Kultur, Religion, Design und vielem mehr nervt“.

Lesen Sie und staunen Sie, liebe PI-Leser, was Henryk M. Broder über die Reaktionen auf den Triumph der AfD bei der Bundestagswahl zu sagen hat...

Guido Bellberg: Das Titelblatt der „Hamburger Morgenpost“, pass auf, halt dich fest, war: „10 Gründe warum Sie heute wählen sollten“ – find ich okay, und darunter dann: Zehn AfD-Köpfe. Beatrix von Storch usw. Das war schon hart. Ich hab’s mir nicht gekauft, weil mir 1 Euro 40 für so ein Qualitätserzeugnis zu viel war...

Einschub: Die „Wahlempfehlung“ für Storch und ihre Parteikollegen meint die MOPO selbstverständlich ironisch.

Broder: Das hättest du kaufen sollen, das ist ein historisches Dokument.

Bellberg: So’n bisschen wie: „Kauft nicht bei Juden!“, nicht wahr?

Broder: Ja.

Bellberg: Oder bild ich mir das ein?

Broder: Nee, find ich vollkommen richtig.

Weißt du was das Tolle daran ist – war das die Morgenpost?

Bellberg: Ja.

Broder: Die wissen nicht, worauf sie sich beziehen. Aber sie beziehen sich darauf. Das ist das Tolle.

Bellberg: Die fühlen sich auf der Seite der Guten...

Broder: ... und deshalb dürfen sie alles.

Bellberg: Wenn man sowas monatelang durchzieht, darf man sich nicht wundern, wenn Jugendliche AfD-Autos anzünden oder AfD-Häuser mit Farbe beschmieren und irgendwann auch gegen die Personen vorgehen, mit Gewalt...

Broder: Ja. Am Wahlsonntag gab es eine Demo vor der AfD-Wahlparty – und in jeder Ausgabe dieser Dauersendung der Tagesschau wurde permanent rüber geschaltet. Da standen – es hieß, „eine große Demo“ –, also da standen ein paar 100 Leute, die permanent den „Stinkefinger“ machten – ein wesentlicher kultureller Beitrag zur Debatte, den

Stinkefinger machen, das sagt schon alles –, und schrien „Nazis raus! Nazis raus!“

Ich mein, wenn da wirklich Nazis waren, dann waren es die auf dem Platz...

Bellberg: Jaja, logo!

Broder: ... die eine Wahlentscheidung, eine demokratisch gefällte Wahlentscheidung mit Gewalt anfechten wollten. Und wenn die Polizei nicht dagewesen wäre, hätten diese super Demokraten das Lokal gestürmt.

Bellberg: Die wären handgreiflich geworden, auf jeden Fall, das glaube ich auch.

Broder: Und warum Polizisten sich mit Steinen und Flaschen bewerfen lassen sollten, von Leuten, die so irre sind, zu glauben, dass sie damit der Demokratie einen Gefallen tun, erschließt sich mir nicht.

Uns auch nicht, lieber Henryk Broder, uns auch nicht. Aber Ihre Analyse, die erschließt sich uns sogar sehr. Wir halten nochmal fest: Die Hexenjagd auf die AfD lässt sich mit dem Naziterror à la „Kauft nicht bei Juden“ vergleichen. Und die sogenannte „Antifa“, die wir hier gern als „Linksfaschisten“ bezeichnen, nennen Sie ohne Wenn und Aber: „Nazis“.

Das sind Sprengstoffaussagen, Herr Broder, das wissen Sie, das wissen wir. Mal abwarten, ob die Bombe, die Sie damit gezündet haben, auch im Mainstream explodieren wird.



Laut Gedacht #52: Der Dolchstoß

Alex fehlt unentschuldigt und ist nicht zu erreichen. Zum Glück kann Aline bei [„Laut Gedacht“](#) kurzfristig einspringen und die beiden schauen sich die Ergebnisse der Bundestagswahl an. Dann jedoch taucht ein skurriler Facebook-Post von Alex auf.



Bundesregierung schweigt zu Israel als „Staatsräson“

Nur mit viel Glück wird die AfD im neuen Bundestag den Unfug der Altparteien verhindern können. Schließlich werden sich in den großen Fragen alle gegen sie verbünden. Die wichtigste Aufgabe der AfD als Oppositionspartei im Deutschen Bundestag wird darum sein, die Konzeptlosigkeit und Verlogenheit der Altparteienpolitik zu demaskieren.

Wie es aussieht, kann die neue Partei diesen Wählerauftrag mit der eher unfreiwilligen Hilfe der BILD-Zeitung schon erfüllen, bevor sich der neue Bundestag überhaupt konstituiert hat.

AfD-Parteivize Alexander Gauland hatte wenige Tage vor der Wahl hinterfragt, wie ernst es uns (d.h. unserer Regierung)

eigentlich ist mit dem Existenzrecht Israels als deutsche „Staatsräson“. Erst titelte das Boulevardblatt noch [„AfD-Anführer Gauland – Gefährliche Sätze über Israels Existenzrecht“](#). Wieder ein klarer Verstoß gegen den Pressekodex, da für den flüchtigen Leser der Eindruck entstand, Gauland würde dieses infrage stellen. Wenige Tage später adressiert [BILD nun genau diese Frage](#) von Gauland an die Bundesregierung und bekommt von Noch-Regierungssprecher Steffen Seibert nur schmallippige Antworten. Der Frage, ob Deutschland bereit wäre, zur Not Kampfeinheiten nach Israel zu entsenden, wenn dieses angegriffen wird, wich Seibert jedenfalls aus.

Um es einmal klar zu sagen: Mit „Staatsräson“ hat eine solche Reaktion der Bundesregierung nichts zu tun! „Staatsräson“ bedeutet, zur Not mit allen Mitteln auch polizeilich-militärisch für etwas einzutreten. Israel sollte spätestens nach dieser Aussage wissen, wo es mit Deutschland dran ist, erst recht wenn in den nächsten Jahren der Einfluss muslimischer und israelfeindlicher Bevölkerungsgruppen in Deutschland immer weiter wächst!

Offenkundig sind die Altparteien-Israelbekenntnisse die selben hohlen Phrasen wie die „Eurorettung“, die „Energiewende“ oder die „Integration von Millionen Zuwanderern aus Afrika und dem arabischen Raum“. Potemkinsche Dörfer, ohne inhaltliche Substanz.

» Siehe auch: Prof. Wolffsohn verteidigt auf Phoenix Gaulands Israeläußerung (im Video ab 7:45 min)



Guido Reil: „Gottseidank sind wir Bonnie & Clyde los“

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Guido Reils Videokommentar zum beeindruckenden Wahlerfolg seiner Partei und zum einzigen Wermutstropfen, dem Verrat durch Petry und Pretzell, ist äußerst aussagekräftig und lässt tief in die Seele der Partei blicken. Der Essener AfD-Ratsherr bezeichnet das fahnenflüchtende Ehepaar als „Bonnie & Clyde“, denen es hauptsächlich um Geld, Macht, persönliche Eitelkeit und Posten gehe. Die beiden seien Opportunisten, Egoisten und keine Teamplayer. P & P sei es überhaupt nicht um patriotische Politik für Deutschland gegangen und daher hätten sie mit ihrem Abgang der Partei einen riesen Gefallen getan. Jetzt könne die AfD ohne diese Quertreiber zusammenwachsen.

Dem Steiger im letzten Bergwerk Nordrhein-Westfalens nimmt man ab, was er sagt, denn ihm liegt das Herz auf der Zunge. Reil ist eine grundehrliche Haut und betreibt Politik aus der vollsten Überzeugung heraus, dass in unserem Land vieles massiv falsch läuft. Da die SPD keine Antworten auf all diese Fehlentwicklungen liefert, stieg er vergangenes Jahr nach 26 Jahren Mitgliedschaft dort aus und wechselte in die AfD. Nachdem er denen, die sich dort schon jahrelang einsetzen, keinen aussichtsreichen Listenplatz wegnehmen wollte, reihte er sich zunächst bescheiden auf dem hinteren Platz 26 ein.

Guido Reil hat Charakter, Anstand, Ausstrahlung und Persönlichkeit. Der 47-jährige verkörpert all das, weswegen

man die AfD als eine wahre Volkspartei bezeichnen kann, der eine große Zukunft bevorsteht. Im Wahlkampf unterstützte er seine Partei uneigennützig im gesamten Bundesgebiet und nahm nur wenige Termine in seinem Direktwahlkreis wahr, in dem er trotzdem gute 15,8 % erhielt. In seinem Stadtteil Essen-Karnap wählten die AfD sogar 24%, was wohl sehr auf ihn zurückzuführen ist.

Reil wäre eine wichtige Ergänzung sowohl für den Landesvorstand in Nordrhein-Westfalen als auch für den Bundesvorstand, was er auch offen anstrebt. Einen bezahlten Job im Bundestagsapparat der AfD will er hingegen nicht, denn dann würde er sich nicht von den Pöstchenjägern der SPD unterscheiden, die er kritisierte und wegen denen er unter anderem die Roten verließ. Diesem engagierten Patrioten, der sein Ohr an der arbeitenden Bevölkerung hat, kann man nur viel Erfolg für seinen Weg wünschen.